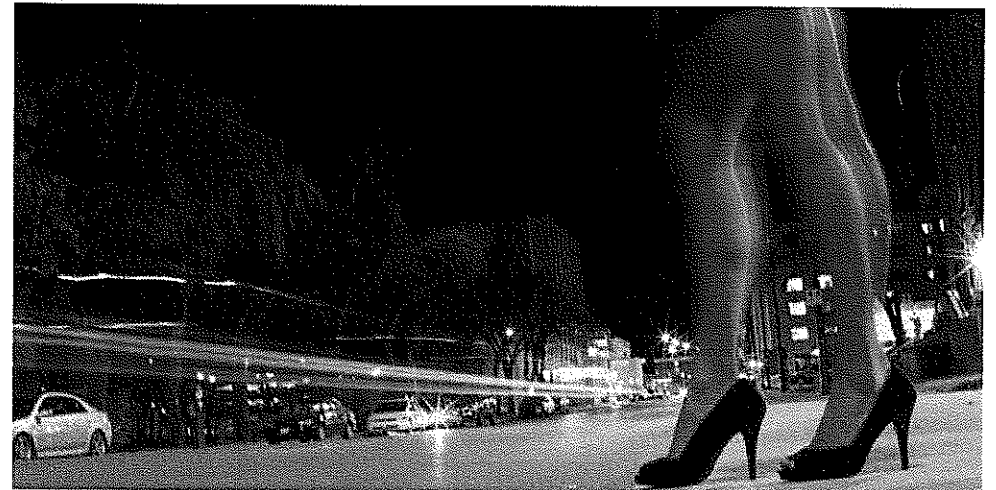


# Sexindustrie und Prostitution

*Die sozialistische Perspektive*



Laura Fitzgerald<sup>1</sup>

## Sexindustrie und Prostitution

### *Die sozialistische Perspektive*

Die Sexindustrie ist einer der am schnellsten wachsenden legalen und illegalen Wirtschaftszweige der Welt. Prostitution und die Sexindustrie insgesamt müssen im Kontext der bestehenden Geschlechter- und Klassenunterdrückung und der Ungleichheit im existierenden Kapitalismus betrachtet werden.

Die Mehrheit derer, die Sex verkaufen sind weiblich, und die überwältigende Mehrheit der KäuferInnen von Sex sind männlich. Während der weltweiten Krise des Kapitalismus wachsen Klassenunterschiede und Armut ebenso wie die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Laut Schätzungen der Weltbank lässt ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um ein Prozent die Kindersterblichkeit um 7,4 Todesfälle unter eintausend Mädchen ansteigen – unter eintausend Jungen aber nur um 1,5 Todesfälle. Die Krise hat weltweit auch dazu geführt, dass der Anteil der Mädchen die die Primarschule abschließen um 29 Prozent gefallen ist – bei den Jungen sind es 22 Prozent.

Die Unterdrückung von Frauen existiert seit mehreren Tausend Jahren, und besonders im Kapitalismus wurde durch die Ideologie der patriarchalen Familie eine inhärente Ungleichheit gefördert, mit dem Mann als Haushaltsvorstand, der Frau als „natürlicher Betreuerin“ der Familie und Monogamie, bzw. Kontrolle über die weibliche Sexualität, die innerhalb der Ehe gehalten werden musste um Privateigentum in männlicher Linie vererben zu können. Diese Struktur hatte große Vorteile für die Elite im kapitalistischen System, so leisteten Frauen unbezahlte Arbeit und „Frauenarbeit“ wurde so weit abgewertet, dass die Unter- oder Nichtbezahlung von Frauen mit der Ideologie der natürlichen Unterordnung der Frau unter den Mann gerechtfertigt werden konnte

Kämpfe von Frauen, Kämpfe der Arbeiterbewegung und die Auswirkungen des massenhaften Eintritts von Frauen in die Lohnarbeit in den letzten Jahrzehnten haben dazu geführt, dass solche offen reaktionären Ansichten über Frauen- und Männerrollen gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert

<sup>1</sup> Laura Fitzgerald ist Aktivistin der Frauenrechtskampagne ROSA und der Socialist Party in Irland. Der Artikel erschien in sozialismus.info – 4. VJ 2013

werden, zumindest nicht in der entwickelten kapitalistischen Welt. Aber die Ungleichheit bleibt und wird von der aktuellen Wirtschaftskrise verstärkt.

Diese Ungleichheit wird in zwei weiterhin bestehenden Fakten sichtbar: erstens der überall noch vorhandenen unterschiedlichen Bezahlung. In Irland bekommen Frauen laut einer neueren OECD-Studie durchschnittlich 14 Prozent weniger Lohn als Männer, und bei Frauen mit Kindern beträgt der Abstand 31 Prozent. Zweitens in der Epidemie der männlichen und sexualisierten Gewalttaten gegen Frauen, die meist von Partnern, Ex-Partnern, Verwandten oder anderen Männern die die Überlebenden und Opfer kennen, begangen werden und die in unterschiedlichen Ausmaßen und Häufigkeiten in jedem Land der Welt vorkommen.

Sie sind ein Produkt einer Gesellschaft, zu der immer noch wirtschaftliche Unterdrückung und Ungleichheit gehören. Die Gewalt erwächst aus der auf verschiedene Arten betriebenen Verbreitung der Idee, dass Frauen den Männern untergeordnet, Objekte und Eigentum seien sowie dem komplexen Wechselspiel der gesellschaftlichen Verbreitung anderer patriarchaler Vorstellungen von Geschlechterrollen, die den Mann als Beschützer, Ernährer und das Machtzentrum des Haushalts darstellen.

### *Fehler des Postfeminismus und Objektifizierung*

All das ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass es in den letzten Jahrzehnten neben der völlig abwegigen Mode des Postfeminismus<sup>2</sup> auch den massiven Anstieg der Objektifizierung von Frauen und der Darstellung weiblicher Körper als Ware durch die bürgerlichen Medien gab. Dieses Phänomen entspringt der Profitlogik – die Schönheitsindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig.

Außerdem hat das Wachstum der – legalen und illegalen – Sexindustrie zu einer schrägen Wahrnehmung von Sexualität beigetragen, die Frauen zu Objekten, ihre Körper zu Waren und zu Mitteln der sexuellen Befriedigung für Männer macht und so die Unterdrückung der Frauen in der Gesellschaft widerspiegelt. Das gilt für Stripclubs und die Pornoindustrie, die in der Regel eine Sicht von Sexualität beinhaltet, die die weibliche Sexualität der der Männer unterordnet. Wenn sich Erwachsene beim Sex filmen möchten, ist das völlig harmlos und ihre Privatsache, aber die Masse an kommerzieller Por-

2 eine optimistische Vorstellung prokapitalistischer FeministInnen aus den 1990ern, die glaubten, dass Frauen als Einzelne die Gleichheit erreichen könnten, weil die wichtigsten sexistischen Gesetze z.B. in Europa abgeschafft seien

nographie spiegelt zwangsläufig die vollkommen ausbeuterische und inhärent patriarchale Natur des Profitsystems, in dem sie existiert wieder.

Die dadurch verbreitete Botschaft, dass weibliche Körper Waren und Frauen Sexobjekte seien, dass der Gipfel der weiblichen Sexualität ein lauter, übertriebener Fake-Orgasmus durch physisch gefährliche und schmerzhaft Formen von Sex sei, ist ernsthaft schädlich. Sie trägt zu Gewalt gegen Frauen bei und reproduziert Sexismus. SozialistInnen müssen die Sexindustrie bekämpfen. Auch die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung sollte sich gegen die Sexindustrie positionieren.

Das hat nichts mit einer konservativen, moralistischen oder religiösen Anti-Sex-Haltung zu tun, sondern mit der Ablehnung der Kommerzialisierung von Sex. In ihrem Buch „Living Dolls“ beschreibt Natasha Walter die mittlerweile unter Männern verbreitete Praxis, ihre Erfahrungen mit Prostituierten online zu bewerten – ein ekliges Beispiel sexistischer Objektifizierung mit reichlich rassistischen und frauenfeindlichen Kommentaren.

Es gibt auch ein Interview mit einer Frau, die vom wachsenden Einfluss von Gewalt- und Vergewaltigungspornographie auf ihr Leben als Prostituierte berichtet: „Jüngere [Kunden] wollen experimentieren, sie haben Sachen im Internet gesehen, Gewalt und Vergewaltigung. Was vor fünf Jahren noch extrem war, ist heute üblich.“

Der riesige Anstieg der sexistischen Objektifizierung von Frauenkörpern, der von Großkonzernen und ihren Medien vorangetrieben wird, hat den Kauf von Sex zu einem gewissen Grad normalisiert. Gleichzeitig gibt es einen Trend zur Online-Bestellung von Sexarbeiterinnen in die Wohnungen der Kunden. Diese Faktoren fördern Ungleichheit, sind daher schädlich für alle Frauen in der Gesellschaft und ein riesiges Problem.

Die größte Bedrohung für Menschen aus der Arbeiterklasse im Allgemeinen und Frauen im Besonderen ist die nichts verschonende und anscheinend endlose Kürzungspolitik. Starker Widerstand dagegen ist notwendig. Frauen, die die Mehrheit der Beschäftigten im besonders stark betroffenen öffentlichen Dienst sind, müssen in der Widerstandsbewegung eine zentrale Rolle spielen. Wie können wir die größtmögliche Einheit unter Menschen aus der Arbeiterklasse über die Geschlechtergrenze hinweg schaffen, wenn eine fortschrittliche Anti-Kürzungs-Bewegung die sehr stark verbreiteten sexistischen Ideen und Ansichten nicht bekämpft?

Frauen und die Arbeiterbewegung haben das Recht sich zum Beispiel gegen die Eröffnung eines Stripclubs zu wehren und sollten das auch tun. Laut einer

Studie hat nach einem schnellen Wachstum von Stripclubs in Camden, London die Häufigkeit sexueller Übergriffe in der Gegend um vierzig Prozent zugenommen. Das hat nichts damit zu tun, sich gegen die Frauen und Männer zu stellen, die in der Sexindustrie arbeiten. Zum Beispiel sollten wir Beschäftigte von Stripclubs bei jedem Versuch unterstützen, sich kollektiv zu organisieren um ihre Sicherheit, Löhne, Arbeitsrechte usw. zu verbessern.

## **Prostitution**

Die Prostitution ist ein Aspekt der Sexindustrie und beinhaltet selbst ein weites Spektrum an Aspekten. Sie stellt aber sicherlich den am stärksten ausbeuterischen und gefährlichsten Aspekt der Sexindustrie dar. Über die Frage, wie die Prostitution gesetzlich geregelt werden sollte wird viel debattiert. Einige Linke treten für eine Legalisierung ein. Es ist wichtig gleich am Anfang festzustellen, dass die Legalisierung die Ausbeutung nicht aus der Welt schaffen wird, ebenso wenig wie die gesetzliche Gleichberechtigung für Frauen, dort wo es sie gibt, zu einem Ende der Frauenunterdrückung geführt hat.

Frauen, Männer und Transsexuelle gehen aus verschiedenen Gründen in die Prostitution, und ihre Erfahrungen in diesem Bereich können sehr unterschiedlich sein. Von Straßenprostituierten (heute eine kleine und schrumpfende Minderheit), von denen die meisten unter Suchtproblemen leiden und die oft in Heimen aufgewachsen sind, über „Escortservice“ zu Prostituierten in Bordellen und Callgirls (die wachsende zentrale Form der Prostitution im Internet- und Smartphonezeitalter), von denen die große Mehrheit MigrantInnen sind, die zu einem sehr kleinen Anteil auch durch Menschenhandel und sehr direkt in die Prostitution gezwungen werden.

Während es einerseits einen weltweiten Bedarf nach Prostitution und andererseits extreme Armut und schlechte Lebensbedingungen gibt, entsteht durch die Profitwirtschaft daraus die global florierende Sexindustrie. Es wäre falsch, die Gründe warum Menschen in die Prostitution gehen auf Armut zu reduzieren. Sie können ein komplexes Wechselspiel von Faktoren sein. Zum Beispiel weisen viele Studien darauf hin, dass die in der Prostitution beschäftigten überdurchschnittlich häufig in ihrer Kindheit Gewalt und sexuellen Missbrauch erlebt haben.

Wie schon gesagt befand sich die Mehrheit der Straßenprostituierten in Irland schon einmal in institutioneller Betreuung und die meisten haben Suchterkrankungen. Dennoch müssen wir erwähnen, dass ein Artikel der medizinischen Zeitschrift „The Lancet“ mit Besorgnis auf den riesigen

Anstieg der Prostitution in Griechenland als direkte Folge der brutalen Verarmung und Verelendung der griechischen Bevölkerung durch die kapitalistische Kürzungspolitik der Regierung und der Troika hinweist.

## **Freiwilligkeit**

In der gesellschaftlichen Debatte über Prostitution steht häufig die „Freiwilligkeit“ im Zentrum. „Freiwillig“ ist ein relativer Begriff. Zunächst gibt es die, die überhaupt keine Wahl haben. Opfer von Menschenhandel sind nur eine sehr kleine Minderheit der in der Prostitution beschäftigten. Aber der Menschenhandel existiert und ist fester Bestandteil der Sexindustrie, der nicht aus ihr entfernt werden kann. Mit Zwangsprostitution verbundener Menschenhandel wird als moderne Sklaverei bezeichnet und ist eine wachsende Branche – ein Beispiel für die reaktionäre Natur des Kapitalismus im 21. Jahrhundert.

Ich möchte die Bedeutung dieses Punktes für einige der am stärksten unterdrückten und ausgebeuteten Menschen der Welt mit einer Anekdote zeigen. In *Slavery Inc: The Untold Story of International Sex Trafficking* von Lydia Cacho trifft sich die Autorin in verschiedenen Ländern mit Opfern von Menschenhandel. Eine der jungen Frauen, 17 Jahre alt, hat ihre Qualen überlebt. Als Zwölfjährige wurde sie von ihrem Onkel an eine chinesische Mafiagang in Kambodscha verkauft und gemeinsam mit anderen Mädchen, überwiegend im Alter von sieben bis zehn, versklavt – für Oralsex oder, für einen Sonderpreis, zur Entjungferung. Die Kunden waren überwiegend Sextouristen, Männer aus Korea, Japan, Europa und den USA. Als ein Mädchen versuchte zu fliehen wurde sie ermordet und später den anderen Mädchen, denen man über 24 Stunden lang die Nahrung verweigert hatte, als grausame Warnung zum Essen vorgesetzt. Das ist die dreckige, hässliche, schreckliche Unterwelt der Sexindustrie.

Die meisten in der Prostitution beschäftigten haben größere Wahlfreiheit als diese Mädchen, aber in der großen Mehrheit der Fälle fällt diese „Wahl“ in den wirklich restriktiven, einengenden Kontext einer kapitalistischen Welt in der Krise – mit extremer Armut und Erniedrigung besonders für die ärmsten und unterdrücktesten Schichten der Frauen. Maya Angelou schafft in einem Gedicht mit großem Pathos das Bild einer armen schwarzen Frau die auf eine Abtreibungsklinik zugeht, „bestürzt über die fehlende Wahl“.

„Bestürzt über die fehlende Wahl“ scheint auch eine gute Beschreibung für die Realität zu sein, in der die meisten Prostituierten leben. Die Tatsache,

dass die Mehrheit derer, die in Bordellen, in Modellwohnungen und als Callgirls arbeiten MigrantInnen sind weist darauf hin, weil für überwiegend arme Frauen ohne die materiellen Mittel, Sprachkenntnisse und Aufenthaltsstatus die sie für den Zugang zu anderen Jobs bräuchten, die illegale Sexindustrie die einzige Möglichkeit sein kann, zu überleben.

### „Belle de Jour“-Backlash

Die mediale Verbreitung einer aufgehübschten „Belle de Jour“-Rolle der stark empowernten sogenannten Edelprostituierten steht im Gegensatz zu den Erfahrungen der meisten Prostituierten und hat mit ihrem Leben nichts zu tun. Die Verbreitung dieses Bildes von Prostitution ist Teil eines Backlashs, der die noch immer bestehende Unterdrückung in der Gesellschaft kleinredet oder gar leugnet und bewusst versucht, eine zutiefst sexistische und ausbeuterische Branche reinzuwaschen. Wenn es kein Machtgefälle zwischen Männern und Frauen gäbe, wenn die Unterdrückung von Frauen in der Gesellschaft keine Rolle mehr spielen würde, wenn wir nicht in einer Welt leben würden die vom Profitstreben angetrieben wird, für das die Mächtigen bereit sind aus Allem – auch aus Sex und Frauenkörpern – eine Ware zu machen; dann könnten wir diese Propaganda vielleicht glauben.

Rachel Moran, eine irische Überlebende der Prostitution dekonstruiert in ihrem Buch *Paid For: My Journey Through Prostitution* den Mythos von der „glücklichen Hure“ in sehr klaren Worten: „Der erste Schritt darin, eine glückliche Hure zu werden ist natürlich, eine sein zu wollen. Die Einwilligung zur Prostitution wird als eindimensional gesehen, in Wirklichkeit ist sie alles anderes als das. Ich habe niemals ein Beispiel für Prostitution im Leben einer Frau gesehen, das kein Versuch war aus einer Situation herauszukommen und nicht, in eine hineinzukommen. Mit anderen Worten: die große Mehrheit der Frauen die ich über die Jahre getroffen habe, arbeiteten in der Prostitution, um aus finanziellen Problemen herauszukommen und nicht weil sie eine Neigung zu teuren Handtaschen entwickelt hatten. Die Annahme der freien Entscheidung führt zur Annahme der Freiwilligkeit, aber die Begriffe Freiwilligkeit und Entscheidungsfreiheit passen bei dieser Frage nicht. Sie sind deplatziert, weil die Beteiligung einer Frau an Prostitution die Folge von Umständen ist, die sie nicht kontrollieren kann, weil ein Kontext entsteht indem echte Einwilligung völlig unmöglich wird. Es gibt einen Unterschied zwischen Einwilligung und zögernder Unterwerfung.“

### Abschaffung des Opferbegriffs

Einige in der Linken und AutorInnen wie Laura Augustin bekämpfen die Benutzung des Begriffs „Opfer“ für die in der Prostitution beschäftigten. Augustin erkennt zwar an, dass viele die in die Prostitution gehen beschränkte Wahlmöglichkeiten haben, betont aber den Aspekt der „Freiwilligkeit“. Sie findet es entmenslichend, die davon betroffenen Menschen als Opfer zu betrachten und verurteilt diese Sicht als moderne Version der „Bürde des weißen Mannes“. Wie sieht also die Lebensrealität von Prostituierten aus? Können wir sie als Opfer bezeichnen?

Die Abschaffung des Opferbegriffs ist sehr problematisch. Kajsa Ekis Ekman stellt sie hervorragend in den Kontext des neoliberalen Kapitalismus – rücksichtsloser Individualismus und die Thatcheristische Ansicht „so etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht“. Mit anderen Worten: wer anerkennt, dass es Opfer gibt, erkennt an, dass Unterdrückung stattfindet. Damit wird anerkannt, dass überwältigende Kräfte in der Gesellschaft, darunter eine starre Aufteilung in Klassen die vielen Menschen die Möglichkeit nimmt, sich ihr Leben frei und nach ihren Wünschen zu entwickeln.

Wie sieht die Realität für die in der Prostitution Beschäftigten aus? In Großbritannien ist laut einer Studie des Innenministeriums von 2004 die Sterblichkeitsrate für Frauen in der Prostitution in London im Vergleich zum landesweiten Durchschnitt um das zwölfwache erhöht. Eine weltweite Studie<sup>3</sup> zur Prostitution hat ergeben, dass 68 Prozent der befragten Frauen an Posttraumatischer Belastungsstörung (PTSD) litten, in ähnlichen Ausmaßen wie Opfer von Folter und KriegsveteranInnen. Eine bekannte Studie, die Farley und Barkan in den 1990ern unter 130 Straßenprostituierten in San Francisco durchführten, ergab dass 82 Prozent von ihnen physisch angegriffen, 83 Prozent mit einer Waffe bedroht und 68 Prozent während der Arbeit in der Prostitution vergewaltigt worden waren.

Vielsagenderweise will die Mehrheit der Prostituierten nicht, dass ihre Kinder Prostituierte werden. In der Prostitution Beschäftigte sind in der Regel Opfer von Unterdrückung wegen ihrer Klassenzugehörigkeit und ihres Geschlechts. Das anzuerkennen bedeutet nicht, sie zu entmenslichen, eher im Gegenteil. Es bedeutet vielmehr eine Empathie innerhalb der Arbeiterklasse und ein Verständnis der enormen Schwierigkeiten, der Stressbelastung und des Leids, das das kapitalistische System insbesondere

3 siehe Ramsey et al., 1993

den ärmsten und am stärksten marginalisierten Menschen in der Gesellschaft zufügt.

Es stimmt natürlich, dass NGOs die sich gegen Prostitution einsetzen im Kern von einer moralistischen und verurteilenden Position motiviert sein können. Manche wie z.B. Ruhama haben religiöse Wurzeln, und ihre Arbeit mit Prostituierten wurde ursprünglich gemeinsam mit der frauenfeindlichen Katholischen Kirche initiiert. Aber SozialistInnen sollten nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, indem sie um sich von moralistischen Herangehensweisen abzugrenzen, die extreme Unterdrückung innerhalb der Sexindustrie leugnen.

Außerdem bedeutet die Anerkennung der Existenz von Unterdrückung und der Wunsch an ihrer Überwindung mitzuwirken nicht, die wichtigen Rechte von Prostituierten zu leugnen, die zum Beispiel selbst aktiv werden und gegen ihre Unterdrückung kämpfen wollen. Sie nimmt den Menschen, die in der Sexindustrie arbeiten nicht das Recht, sich selbst und ihre Arbeit so zu nennen wie sie es möchten, ob SexarbeiterInnen, Prostituierte oder anders. Sie ignoriert auch nicht die riesigen Unterschiede zwischen den Erfahrungen und den Intensitäten der Ausbeutung innerhalb der Sexindustrie – zum Beispiel zwischen einer Telefonsex-Beschäftigten und einer Frau die im Bordell oder als Callgirl Prostitution/Sexarbeit betreibt.

### *Extreme Ausbeutung*

Es scheint eine allgemeine ökonomische Interpretation auf Seiten der Linken zu geben, Prostitution als eine Form der Arbeiterausbeutung zu betrachten (ArbeiterInnen, die nicht den vollen Wert ihrer Arbeit ausgezahlt bekommen und der von ihnen produzierter Profit abgezweigt wird). Das ist ein Standpunkt, der unbeabsichtigt die Verharmlosung der Sexindustrie stärken kann und genau damit Sexindustrie-Magnaten nützt, sehr zu ihrer Schadenfreude.

Es gibt einen Unterschied zwischen dem Verkauf der Arbeitskraft und dem Verkauf des eigenen Körpers. In erster Linie liegt der Grund dafür in den immanenten patriarchalen Strukturen, die Prostitution zu Grunde liegen. Den Körper einer anderen Person zu kaufen ist ein extremer Ausdruck von Machtverhältnissen, und in der Realität sieht es so aus, dass in den meisten Fällen Männer den Körper von Frauen, oder nicht so häufig, Männer den Körper von Männern bezahlen. Eine florierende Sexindustrie reflektiert Sexismus und das Patriarchat und hält diese aufrecht. Es ist nicht nur für

die schädlich, die in dieser Industrie arbeiten, sondern auch für Frauen allgemein in der Gesellschaft

In einer Rede im Daill<sup>4</sup> über den vom Abgeordneten Thomas Pringle vorgeschlagenen Gesetzentwurf die Sexkäufer zu kriminalisieren, benutzte die Abgeordnete Clare Daly das Beispiel eines Mannes, der in einer sexlosen Ehe lebt, Prostituierte benutzt und in keiner Weise ausbeutend oder gewalttätig sei. Dieser Blickwinkel auf Prostitution als Dienstleistung, neben dem ähnlichen Argument, dass Männer mit Behinderung diese Dienstleistung benötigen würden, ist faktisch die Fortsetzung einer konservativen und patriarchalen Sichtweise der Sexualität. Warum ist es eigentlich so, dass Frauen, die in einer sexlosen Ehe leben – oder Frauen mit Behinderungen – nicht die Hauptkundschaft für die Sexindustrie ausmachen? Dies ist wieder ein Beispiel dafür, wie Sex durch das patriarchale Prisma gesehen wird – das im Grunde Sex als etwas betrachtet wird, das Männer wollen und begehren, und dem sich Frauen widerwillig unterordnen. Es beinhaltet auch die Vorstellung, dass Sex zu haben ein Grundrecht sei, im Gegensatz zu etwas zu dem gemeinsam eingewilligt wird. Männer in sexlosen Ehen oder mit Behinderung, die in sexuellen Aktivitäten mit beiderseitigem Einverständnis teilnehmen können und teilnehmen, sollten nicht als Beispiel benutzt werden, um die Sexindustrie zu verharmlosen.

Ein hervorragendes Beispiel für das verursachte Leid, das SexarbeiterInnen angetan wird, ist die Tatsache, dass der Verkauf des eigenen Körpers zu psychologischen Narben führen kann, da für viele Prostituierte die dringende Notwendigkeit gegeben ist, sich als Personen von dem Horror, den ihre Körper täglich ertragen, zu distanzieren. Für manche Prostituierte ist ein Überlebensmechanismus, deutlich zwischen Psyche und Körper zu unterscheiden. Rachel Moran gibt einen persönlichen Bericht davon, wenn sie die Tatsache beschreibt, dass sie selbst als Überlebende der Prostitution niemals wirklich ihren eigenen Körper zurückerlangen konnte. Für Rachel manifestiert sich dies bei sozialen Veranstaltungen wie Hochzeiten, die ihr abverlangen zu tanzen. Als Kind hat sie gelernt das Tanzen zu lieben, aber nach der Tortur der Prostitution war sie nie wieder in der Lage zu tanzen. Es wurde für sie physisch unmöglich. Eine andere Überlebende der Prostitution, die auf einer von Equality Society ausgerichteten Veranstaltung in der Dublin Universität berichtete, sprach über die Tatsache, dass sie ihren Würgereflex durch die Arbeit als Prostituierte verlor. In den Jahren seit sie aus der Prostitution aus-

4 Parlament der Republik Irland

gestiegen ist, hat sie von Zeit zu Zeit getestet, ob er sich wieder entwickelt hat, da dies einen wichtigen Meilenstein im Prozess der Zurückgewinnung ihres Körpers nach dem Trauma der Prostitution darstellen würde.

Auf jeden Fall ist es kein Widerspruch sich für die Rechte von Prostituierten einzusetzen, zum Beispiel in Kampagnen für freien Zugang zu Verhütungsmitteln, und trotzdem unerbittlich gegen die Sexindustrie zu kämpfen – genauso wie es möglich ist sowohl gegen die Atomindustrie als Ganzes zu sein und trotzdem die ArbeiterInnen in dieser Industrie zu unterstützen, sich zu organisieren um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

SozialistInnen sollten jede Bemühung von Prostituierten/ SexarbeiterInnen sich zu organisieren unterstützen und sie dazu ermutigen. Die Linke und die Arbeiterbewegung sollten fortschrittliche Gesetze unterstützen, auch wenn sie erkennen, dass Gesetzesänderungen die Bedingungen, die Menschen in die Prostitution zwingen, nicht eliminieren. Genauso wie Illegalisierung der Kinderarbeit diese noch nicht beseitigt hat und dies auch nicht tun wird, wenn Profitgier und extreme Armut gleichzeitig existieren – ist es einfach eine Selbstverständlichkeit, das die Linke und die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit ein solches Gesetz unterstützt haben und es auch jetzt tun sollten.

## Legalisierung

Keine Frau, kein Mann oder Transsexueller, die oder der als ProstituierteR arbeitet, sollte durch das Gesetz kriminalisiert werden. Gleichzeitig sollte niemand Nötigung und Schikanen durch den Staat – oder sogar moralischer Verurteilung – ausgesetzt sein, weil er oder sie in der Sexindustrie arbeitet. Zurzeit ist in Südirland das „sich anbieten“ illegal, was bis zu einem gewissen Grad Prostitution kriminalisiert. Dieses Gesetz muss geändert werden. Die Art in der Gesetze im Bezug auf Bordellführung formuliert sind, haben darin resultiert, dass Prostituierte in manchen Fällen dafür kriminalisiert wurden, weil sie in Paaren mit anderen Prostituierten gearbeitet haben, da dies ein sichereres Arbeitsumfeld bedeuten kann. Gesetzesänderungen und eine klare Formulierung sind nötig um dies zu vermeiden und Prostituierten/SexarbeiterInnen zu erlauben, gemeinsam zu agieren um die Gewährleistung ihrer Sicherheit zu verbessern.

Es ist von größter Wichtigkeit, dass kein/e Prostituierte/r durch das Gesetz kriminalisiert wird. Dies verringert die diskriminierende Stigmatisierung derjenigen, die Prostituierte sind oder waren und wird außerdem ein

Umfeld schaffen, dass es Prostituierten erlaubt Gewalt und Missbrauch anzuzeigen. Trotzdem sollten SozialistInnen gegen die volle Legalisierung der Prostitution sein. Die, die von dem Geschäft der Prostitution profitieren, die Zuhälter, genauso wie die Händler sollten kriminalisiert werden.

Der fortschrittliche Widerstand gegen die Legalisierung ist vielfältig. Wegen der sozialen Botschaft, die die Legalisierung vermittelt; dass es akzeptabel ist für Sex zu bezahlen, dass die Körper von Frauen bloße Objekte sind, dass es okay ist für Männer (was die große Mehrheit der Fälle betrifft), ihren materiellen Wohlstand zu benutzen, um den Körper einer Frau oder eines Mannes zu kaufen. In Deutschland wurde die Legalisierung der Prostitution von einer großen Expansion der Sexindustrie begleitet. Bis zu einer Million Männer bezahlen täglich für Sex. Außerdem hat es unglücklicherweise nicht dazu geführt Prostituierte/SexarbeiterInnen zu de-stigmatisieren; die Mehrheit hat sich dazu entschieden sich nicht offiziell als SexarbeiterInnen zu registrieren.

Des Weiteren kommt Menschenhandel in den Ländern, in denen Prostitution vollkommen legalisiert wurden, immer noch vor und faktisch deuten Beweise darauf hin, dass die Legalisierung der Prostitution den Händlern grünes Licht gibt, ihre Aktivität in den besagten Regionen und Ländern zu steigern.

Zum Beispiel glaubt Lydia Cahlo, dass Tausende hauptsächlich schwarze und lateinamerikanische Frauen durch den Menschenhandel nach Holland und Deutschland, wo Prostitution legalisiert wurde, geschickt wurden. In anderen Worten resultiert die Legalisierung in der starken Ausweitung der Sexindustrie und aufgrund ihrer Natur kann sie nicht entschärft und kontrolliert werden. Naturgemäß wird sie immer einen illegalen Aspekt haben – wenn es zum Beispiel gesellschaftlich akzeptiert ist Sex zu kaufen, wird die Nachfrage steigen. Im Einklang mit der Zunahme der Nachfrage für legale sexuelle „Dienstleistungen“, ist es wahrscheinlich, dass auf Nachfrage auch das Angebot von illegalen Leistungen zunimmt – zum Beispiel sexuelle „Dienstleistungen“, die Minderjährige ausführen oder sexuelle Akte, die in vielfältiger Art physisch gefährlich sind oder durch die von der kommerziellen Pornoindustrie inspirierten wachsenden Elemente, die Sex mit Nötigung und Gewalt verbinden (wie Vergewaltigungspornographie – engl. „rape porn“).

Die Verbindung der Sexindustrie zu kriminellen und gefährlichen profitmachenden Mafiagangs ist nicht notwendigerweise durch eine Legalisierung



durchtrennt. Das Drängen zu einer gänzlichen Legalisierung der Sexindustrie wird von Sexindustriebossen angetrieben um ihr Geschäft anzukurbeln und ihre Profite zu steigern. Obligatorische Tests für Prostituierte auf sexuell übertragbare Krankheiten, können die Sicherheit der Kunden gewährleisten und somit negative Konsequenzen für SexarbeiterInnen, mit sich bringen, die HIV-positiv werden oder MigrantInnen, die keine Ausweispapiere haben (wie zum Beispiel in Neuseeland), in eine Lage bringen, in der sie keinen Zugang zu dem legalisierten Zweig der Industrie haben.

Es ist außerdem Realität, dass die Legalisierung die Gewalt und sexualisierte Gewalt, die Prostituierte erfahren, weder beseitigt hat noch beseitigen wird. Es hat auch nicht dazu geführt, dass Prostituierte de-stigmatisiert wurden, gerade weil die Ideologie, die zur Unterdrückung der Frau führt, ein wesentlicher Bestandteil der Sexindustrie ist. Außerdem wird von Frauen, die Arbeitslosengeld erhalten, in Ländern, wo Sexarbeit wie jeder andere Job behandelt wird (z.B. in Deutschland), erwartet solche Jobs in der Sexindustrie auch anzunehmen.

### *Gewerkschaftliche Organisation?*

Einige Linke, die die Legalisierung befürworten, machen dies während sie gleichzeitig die gewerkschaftliche Organisation der SexarbeiterInnen und Prostituierten befürworten. Dieser Ansatz der „Schadensbegrenzung“ ist in sich selbst problematisch, gerade weil der Kauf von Sex ein extremer Ausdruck von Macht ist und es einen großen Unterschied zwischen Prostitution und anderer Arbeit gibt.

Natürlich sollten linke Kräfte jeden wirklichen Versuch von Prostituierten unterstützen, sich zu organisieren um kollektiv für Rechte und für Maßnahmen, die die Gefahr für Prostituierte reduzieren, zu kämpfen. Jedoch ist es idealistisch und abstrakt sich allein darauf zu fokussieren zur gewerkschaftlichen Organisation aufzurufen, angesichts der Realität der Sexindustrie und der existierenden so genannten Gewerkschaften für Sexarbeit. Die schlimmsten Aspekte der Industrie basieren auf der Isolation und Marginalisierung derjenigen, die dort arbeiten, und die Vorstellung, dass es einfach und unkompliziert wäre eine starke Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die die Machtverhältnisse ändern kann, verkennt die Realität der Sexindustrie.

Eine Organisation innerhalb der Sexindustrie würde höchstwahrscheinlich nicht darin resultieren denjenigen eine Stimme zu geben, die unter der

größten Marginalisierung, Unterdrückung, und Ausbeutung leiden und vollkommen machtlos und isoliert sind – zum Beispiel Opfer des Menschenhandels. Die Gewerkschaftsbewegung, die das Potential hat machtvoll zu werden, wenn sie mobilisiert, sollte die Frage der Prostitution aufgreifen mit dem Ziel sie zu stoppen, als Möglichkeit für die Arbeiterbewegung wirklich etwas zu bewirken.

Einige Sexarbeiterorganisationen sind überhaupt keine Gewerkschaften, da sie die zentrale Voraussetzung der gewerkschaftlichen Organisation ablehnen, dass es einen Konflikt zwischen ArbeiterInnen und Bossen gibt. Sie werben für die Sexindustrie und helfen dadurch den Bossen Profite zu machen – dies ist z.B. der Fall der Sexarbeitergewerkschaft in Australien.

Die International Union of Sex Workers<sup>5</sup>, die an die GMB in Großbritannien angegliedert ist, hat eine prominente „Sexarbeiter-Aktivistin“ als Sprecherin – Douglas Fox, die eigentlich eine Escortfirma betreibt. Die IUSW ist für jedeN offen, einschließlich Zuhälter, AkademikerInnen und Sexkunden. Nur eine Minderheit der wenigen Mitglieder sind tatsächlich Prostituierte. 2002 wurde sie gegründet als eine Gruppe von Lapdancerinnen den Antrag stellten der GMB beizutreten, und die Socialist Party in England und Wales unterstütze diese ArbeiterInnen in ihrem Recht der Gewerkschaft beizutreten. Jedoch machte die GMB einen Fehler, als sie der IUSW erlaubte sich als eine Parallelorganisation anzugliedern. Im Grunde illustriert dies die Schwierigkeiten, die bei der Entwicklung wirklicher Sexarbeiterorganisationen, die anerkannt werden müssen, existieren; währenddessen sollte jede Entwicklung zur Letzteren von Linken willkommen heißen und unterstützt werden.

### *Sexkunden kriminalisieren*

Es gibt in zahlreichen Ländern, einschließlich Nord- und Südirland, Debatten über die Kriminalisierung derjenigen, die Sex kaufen.

Dieses „Nordische Modell“, das die Kriminalisierung der Sexkäufer beinhaltet, wurde 1999 in Schweden mit der Aussicht eingeführt, die Nachfrage zu reduzieren. Es ist extrem schwer genaue Zahlen zu bekommen, um zu klären, ob dies tatsächlich funktioniert hat. Da diese gesetzliche Änderung sich im Kontext mit einer fortschrittlichen Kampagne und einer Protestbewegung, die Sexismus und Objektifizierung herausforderte, eingeführt wurde, hat sie scheinbar eine Rolle dabei gespielt, das Bewusstsein in der

5 IUSW, dt. Internationale Gewerkschaft der SexarbeiterInnen



Situation zu entfliehen, falls sie dies wünschen, da die Mehrheit wirtschaftliche MigrantInnen ohne Papiere sind. Gleichzeitig sind staatliche Investitionen in Jobs und öffentlichen Wohnraum für jene Frauen notwendig, damit sie eine realisierbare Strategie für einen Ausstieg haben, falls sie dies wünschen.

Das „Schwedische Modell“ – bei dem SexverkäuferInnen entkriminalisiert und Sexkäufer kriminalisiert werden – wird oft als Allheilmittel von denen dargestellt, die von einem positiven Blickwinkel aus versuchen die Ausbeutung zu beenden. Unabhängig von der zentralen Frage, ob die Kriminalisierung der Sexkäufer die Nachfrage reduzieren wird oder nicht, gibt es noch andere Probleme mit dem gesetzlichen schwedischen Ansatz. Zum Beispiel wird in Schweden das Vermieten von Wohnungen, von denen aus Prostituierte arbeiten, als „Zuhälterei“ verstanden und VermieterInnen könnten dafür strafrechtlich verfolgt werden. Obwohl die Absicht in dieser Gleichung nicht darin liegen mag Prostituierte zu bestrafen oder zu kriminalisieren, könnte dies eine klare Folge aus dieser Regelung sein. Außerdem wurde im Kontext eines neoliberalen Rechtsrucks der schwedischen Regierungsparteien die Verschiebung in Richtung der Kriminalisierung der Sexkäufer von Kürzungen bei SozialarbeiterInnen, die Prostituierte unterstützen, und einer gesteigerten finanziellen Investition in die Polizei begleitet.

Sinead Kennedy bringt zu Recht im Irish Marxist Review ihre Bedenken zum Ausdruck, dass in Schweden PolizistInnen benutzte Kondome in Fällen für die strafrechtliche Verfolgung verwenden, und somit Prostituierte unter Druck gesetzt werden ungeschützten Sex zu haben. Diese Frage könnte gesetzlich geregelt werden mit einem starken Bewusstsein für das ernste Verbrechen, eine Prostituierte zu ungeschütztem Sex zu drängen. Genauso ist eine gesetzliche Vorkehrung notwendig, um negativen Konsequenzen vorzubeugen, die aus den bestehenden Umständen für Prostituierte entstehen können und die Unterstützung für Prostituierte durch Investitionen in Sozialleistungen ist unerlässlich.

Im Bezug auf die Rolle der Polizei ist es wichtig, dass wir uns an den „Rosspart Video“-Skandal erinnern, der die Rolle die der Staat in der Gesellschaft spielt wirklich aufdeckt; und die Polizei als dessen Personifikation. In Rosspart waren PolizistInnen eingestellt worden, um mit brutalen Methoden auf die gegen Shell Oil Protestierenden großen Druck auszuüben. Shell bekam damit eigene staatlich finanzierte Türsteher, um ihren

Profit zu garantieren. Während eines besonders verabscheuungswürdigen Vorfalls wurden Polizisten auf Video aufgenommen, als sie zwei Demonstrantinnen, die sie verhaftet hatten, damit drohten sie zu vergewaltigen. Es ist notwendig, dass alle PolizistInnen verpflichtend an regelmäßigen Schulungstreffen teilnehmen, die sie darin schulen verständnisvoll mit Opfern und Überlebenden von sexueller Gewalt umzugehen. Es sollten eine fortschrittliche Ausbildung der PolizistInnen und Gesetzesänderungen eingeführt werden, die die Möglichkeit für Prostituierte und SexarbeiterInnen verbessern, Nötigung, Gewalt und sexualisierte Gewalt oder Diebstahl der Polizei zu melden.

### *Die Nachfrage verringern?*

Unser Programm konzentriert sich, im Gegensatz zur dem von den NGOs favorisierten Nordischem Modell, nicht nur auf die Reduzierung der Nachfrage. Wir akzeptieren die Bedingungen nicht, die Menschen unweigerlich in die Prostitution zwingen. Ein bedeutender Kampf gegen die Kürzungspolitik und für neue Investitionen für den massiven Ausbau von neuen Jobmöglichkeiten ist unerlässlich um ökonomische Faktoren zu eliminieren, die eine Triebkraft hinter dem starken Anwachsen der Prostitution sind, wie es z.B. in Griechenland der Fall ist. Nötig sind ein sozialistisches Programm und Kämpfe der Arbeiterklasse, um den Wohlstand der Länder und der ganzen Welt in globales, demokratisch verwaltetes öffentliches Eigentum zu überführen und unter die Kontrolle der normalen Bevölkerung zu bringen, damit Lebensbedingungen geschaffen werden, die Armut und Unterdrückung beenden können.

Im Gegensatz zu den NGOs, die den status quo nicht in Frage stellen, akzeptieren wir nicht, dass Sexismus, Spaltung und das Patriarchat unausweichlich sein sollen und kämpfen für ein System, das die materielle und ökonomische Basis eliminiert, die Geschlechterdiskriminierung und die Geschlechterkluft schafft. Wir sind für eine sozialistische Gesellschaft, die auf gegenseitigem Respekt und positiven menschlichen und sexuellen Beziehungen, die viele verschiedene Formen (langlebige oder kurze) annehmen können, auf Freiheit und Wahlfreiheit basiert.

## In welcher Welt wollen wir leben?

### Eine Auseinandersetzung mit Helen Wards „Marxismus versus Moralismus“

In der aktuellen Debatte zu Prostitution werden viele absurde Positionen vertreten. Helen Wards Artikel „Marxismus versus Moralismus“ macht den Versuch, die Debatte zu Prostitution von marxistischer Position her zu beleuchten. Deshalb ist er ein wichtiger Beitrag. Denn der Ansatz, das Phänomen „Prostitution“ materialistisch und ökonomisch zu betrachten, statt es mit wie auch immer gearteten moralischen Maßstäben zu messen, ist grundsätzlich richtig.

Sie hat zweifellos recht, wenn sie erklärt, dass ein Ansatz, der die Notwendigkeit, Prostitution zu bekämpfen, damit begründet, dass eine extrem intime menschliche Regung, wie die Sexualität, nicht zur Ware gemacht werden darf, auf einer sehr romantisierten Vorstellung menschlichen Verhaltens im Kapitalismus beruht. Sie beschreibt zutreffend, dass es nicht die Prostitution ist, die die Sexualität aus der Sphäre der „invernehmlichen Freuden“ gerissen hat, sondern die patriarchale Klassengesellschaft als solche.

Eine Klassengesellschaft, die sexuelle Beziehungen und wirtschaftliche Interessen kaum trennbar miteinander verschmolzen hat, bedarf nicht der Prostitution, um die „freie Liebe“ ins Reich romantischer Träume zu verbannen. Millionen von Frauen und Mädchen, die auch heute noch mit oder ohne ihre Zustimmung in ökonomische Abhängigkeiten von Männern gezwungen worden sind, können hiervon beredetes Zeugnis ablegen.

Auch die Frage, ob sexuelle Handlungen tatsächlich um so viel intimer sind, als die unzähligen anderen menschlichen Regungen, die ebenfalls der kapitalistischen Verwertung unterworfen sind, oder ob dies lediglich eine

gesellschaftliche Zuschreibung ist, sollte sich alle Menschen stellen, die sich mit dem Problem Prostitution auseinandersetzen.

### Charakter der Prostitution

Leider scheitert Ward bei dem Versuch, die Prostitution an Hand des marxistischen Arbeitsbegriffs zu definieren und revolutionäre Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Sie erklärt zunächst, dass Prostituierte sexuelle Dienstleistungen erbringen und nicht ihren Körper verkaufen oder vermieten. Dies ist, wenn man von Sklavereiverhältnissen, die in diesem Bereich nicht selten sind, absieht, sicherlich richtig.

Sie erklärt dann, dass Prostituierte, die – zum Beispiel in einem Bordell – durch einen Unternehmer nach Stunden bezahlt werden, in einem kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnis stehen. Auch dies ist richtig, da in diesen Fällen ein Kapitalist Kapital einsetzt, um durch Verwertung der von der Prostituierten erworbenen Arbeitskraft mehr Kapital zu generieren. Das Austauschverhältnis beginnt mit dem vom Unternehmer einzusetzenden Kapital und endet mit einer – durch die Verwertung der Arbeitskraft vergrößerten – Kapitalsumme.

Menschen, die in solchen Verhältnissen arbeiten, haben wie alle anderen ArbeiterInnen einen Interessenkonflikt mit dem Unternehmer. Sie wollen möglichst viel Geld für ihre Arbeitskraft erhalten, während der Unternehmer einen möglichst großen Anteil der Arbeitskraft unentgeltlich für das Erwirtschaften seines Profits verwerten möchte.

Prostituierte haben potentiell die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und durch das Mittel des Streiks Lohnerhöhungen zu erzwingen. Eine gewerkschaftliche Organisation innerhalb der Organisationen der Arbeiterklasse ist daher grundsätzlich möglich. Selbst Ward räumt allerdings ein, dass diese Art von Arbeitsverhältnissen im Bereich der Prostitution mit 1 Prozent Anteil<sup>7</sup> die absolute Ausnahme sind.

Die meisten Prostituierten leben zwar in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Zuhältern oder Vermietern von Stundenhotels, sie sind jedoch nicht lohnabhängig.

Sie tauschen sexuelle Dienstleistungen gegen das Geld, das sie für ihren Lebensunterhalt verwenden. Am Anfang und am Ende dieses Austauschprozesses stehen Gebrauchswerte. Er beginnt mit der angebotenen Dienstleistung und endet mit Lebensmitteln, Kleidung etc zum persönlichen Ver-

6 Ianka Pigors ist Rechtsanwältin, lebt in Hamburg und unterstützt dort die Bewegung der Lampedusa-Flüchtlinge. Der Artikel erschien in sozialismus.info 2. VJ 2014. Der Artikel von Helen Ward ist unter [www.trend.infopartisan.net/trd7807/t407807.html](http://www.trend.infopartisan.net/trd7807/t407807.html) zu finden.

7 Gutachten im Auftrag des Bundesfamilienministeriums, 2007

brauch durch die Prostituierte (auch wenn diese zunächst noch in Form des Geldes übergeben werden). Kapital entsteht in diesem Prozess nicht. Prostituierte in solchen Verhältnissen sind wirtschaftlich eher mit selbstständigen Dienstleistern wie Schuhputzern oder mit Landpächtern zu vergleichen, als mit normalen ArbeiterInnen. Marxistisch betrachtet sind sie nicht Teil der Arbeiterklasse im eigentlichen Sinne.

Sie haben auf der einen Seite einen Interessenkonflikt mit den Anbietern der von ihnen in Anspruch genommenen Dienstleistungen (Zuhälter, Vermieter), denen sie möglichst wenig zahlen möchten, auf der anderen Seite besteht der Interessenkonflikt mit den Freiern, die möglichst hohe Preise für die Dienste der Prostituierten zahlen sollen. Für die Durchsetzung der Interessen dieser Prostituierten ist die Organisation in Gewerkschaften nicht geeignet.

Sie können lediglich Kooperativen gründen, in denen sie Absprachen über Mindestpreise treffen oder versuchen, die Zahlungen an Vermieter, Zuhälter und andere durch kollektive Boykottmaßnahmen zu begrenzen. Auch wenn diese Prostituierten keine ArbeiterInnen im klassischen Sinn sind, gehören sie jedoch ganz überwiegend zu den VerliererInnen in der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind dadurch wie Kleinbauern, Handwerker, Straßenhändler und andere potentielle Partner für taktische Bündnisse mit der Arbeiterklasse im Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen. Ginge es nur um Fragen der Verbesserung der Einkommensverhältnisse, wäre es zweifellos die Aufgabe der Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche oder kooperative Organisation von Prostituierten vorbehaltlos zu unterstützen.

### ***Eine gesellschaftliche Frage***

Als SozialistInnen fordern wir jedoch nicht nur ein paar Brötchen, wir wollen die ganze Bäckerei. Wir wollen nicht nur die finanzielle Versorgung der Mehrheit der Bevölkerung verbessern, sondern auch eine lebenswertere Gesellschaft schaffen. Unser Ziel ist die demokratische Planung der gesamten Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen.

In einer Gesellschaft, in der das Kapital völlig frei von jeden moralischen Bedenken nach Anlagemöglichkeiten sucht, wird menschliche Arbeitskraft zu allen erdenklichen Zwecken eingesetzt. Viele dieser Zwecke sind gesellschaftlich hochgradig schädlich, auch wenn die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Einzelfall sogar recht angenehm sein mögen.

Bei aller Solidarität mit den Armen und Ausgebeuteten kann es uns daher auch heute nicht egal sein, was produziert und verkauft wird. Es gibt Wirtschaftsbereiche, in denen ArbeiterInnen tätig sind, die wir aber im Interesse der gesamten Arbeiterklasse abschaffen wollen und müssen.

Daher haben SozialistInnen zum Beispiel immer die gewerkschaftliche Organisation und den Kampf der Beschäftigten um höhere Löhne in der Waffenindustrie unterstützt, sie haben diesen Kampf jedoch auch immer mit der Forderung nach alternativer Produktion verbunden.

Auch in anderen Bereichen unterstützen wir nicht alle ausgebeuteten Gruppen vorbehaltlos, sondern stellen uns die Frage, wie die gesellschaftliche Wirkung eines Wirtschaftsbereichs sind.

Kleine Straßendealer befinden sich beispielsweise in einer ähnlichen wirtschaftlichen Lage, wie selbstständige Prostituierte. Sie gehen ihrer Tätigkeit zumeist aus Mangel an wirtschaftlichen Alternativen nach. Sie befinden sich meist in starker Abhängigkeit von den hinter ihnen stehenden Großhändlern, sind oft Gewalt, staatlichen Repressionen und Kriminalisierungen ausgesetzt und sie handeln mit einem Produkt, das ihre Abnehmer erwerben möchten, obgleich vieles dafür spricht, dass sie sich selbst und anderen damit schaden.

Würde sich eine Organisation von Straßendealern gründen, würden SozialistInnen die Kooperation mit ihnen suchen, um sie bei der Durchsetzung von Forderungen nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Zugang zu Sozialleistungen, Entkriminalisierung von Drogenkonsum etc. zu unterstützen, sie würden sich jedoch nicht am Kampf um bessere Lieferbedingungen bei den Großdealern und höhere Preise für die Drogenkonsumenten beteiligen.

Auch Lohnerhöhungen für hauptberufliche Einbrecher oder Mitglieder von Schlägerbanden sind, auch wenn diese Leute sicher oft ausgebeutet werden, ihre Tätigkeit aus einer finanziellen Zwangslage heraus gewählt haben und sicher ganz überwiegend aus sozial schwachen Familien stammen, keine Forderungen der ArbeiterInnenklasse. Vorbehaltlose Solidarität setzt nämlich voraus, dass dadurch anderen Teilen der Gruppe kein Schaden entsteht.

### ***Prostitution festigt frauenfeindliche Stereotype***

Prostitution ist nicht, wie viele bürgerliche FeministInnen behaupten, eine normale, sogar teilweise hochqualifizierte Arbeit, die von – oft besonders spezialisierten – Frauen und Männer mit Freuden ausgeübt wird, legitime

Bedürfnisse befriedigt und daher vor der abwertenden Behandlung moralischer Puritaner geschützt werden muss.

Diese Auffassung ignoriert einerseits, dass Sexarbeit für die ganz überwiegende Mehrheit der „Beschäftigten“ mit erheblichen psychischen und körperlichen Gesundheitsgefahren verbunden ist, schlecht bezahlt wird und häufig unter direktem Zwang ausgeübt wird.

Sie blendet aber auch aus, dass selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass die Arbeitsbedingungen erheblich verbessert werden könnten, die Verfügbarkeit von Prostitution das Rollenverständnis von Männern und Frauen in einer Gesellschaft beeinflusst und dazu beiträgt, frauenfeindliche Stereotype zu verfestigen.

Helen Ward nimmt diesen Umstand nicht wahr und fordert die bedingungslose Unterstützung aller Bewegungen und Organisationen von wirtschaftlich abhängigen SexarbeiterInnen. Sie beschönigt das in der Prostitution dargestellte Geschlechterverhältnis, indem sie zum Beispiel unkritisch das Manifest der indischen Prostituiertenorganisation Durbar zitiert, indem es heißt: „Der junge Mann, der seine erste sexuelle Erfahrung sucht, der verheiratete Mann, der die Gesellschaft 'anderer' Frauen sucht, der Arbeitsmigrant, der, von seiner Ehefrau getrennt, versucht, im Rotlichtdistrikt Wärme und Gesellschaft zu finden, kann nicht als böse oder pervers abgetan werden.“

Tatsächlich gibt es keinen Grund, die dargestellten Männer als „böse“ oder „pervers“ zu bezeichnen. Die Verhältnisse, in denen ein junger Mann seine erste sexuelle Erfahrung machen muss, indem er dafür bezahlt, indem verheiratete Männer „andere“ Frauen nur treffen können, wenn sie dafür Geld ausgeben und in denen Migranten, von ihren Familien getrennt, so verzweifelt vereinsamen, dass sie „Wärme“ im Rotlichtdistrikt suchen, sind allerdings sowohl „böse“ als auch „pervers“.

Helen Ward zitiert diesen Text, ohne es für nötig zu halten, zu erwähnen, unter welchen Umständen die Altersgenossinnen des zitierten jungen Mannes ihre ersten, sexuellen Erfahrungen machen, an wen sich die Ehefrauen wenden sollen, die die Gesellschaft „anderer“ Männer wünschen und wo die Frau des Arbeitsmigranten Wärme und Gesellschaft findet. In einer Gesellschaft, die die Prostitution zur Aufrechterhaltung sexistischer Verhältnisse benutzt, spielen die Bedürfnisse der Frauen und Mädchen ja auch keine Rolle.

Die Behauptung, Prostitution würde überwiegend von bemitleidenswerten Menschen in Anspruch genommen, die andernfalls überhaupt kein befrie-

digendes Sexualleben hätten, ist im Übrigen unzutreffend. Prostitution dient in nicht unerheblichem Maße der Bestätigung angeblicher männlicher Überlegenheit.

## *Männliche Machtverhältnisse*

Der Verkauf von sexuellen Dienstleistungen verfestigt damit die Ideologie des unbeschränkten Verfügungsanspruchs zahlungsfähiger Männer über die Sexualität von Frauen, aber auch Kindern und unter bestimmten Umständen, sozial schwächeren Männern.

Nicht umsonst ist der Ankauf von sexuellen Dienstleistungen in vielen Bereichen, in denen es um Macht und Geld geht, ein beliebtes Männerritual, mit dem Erfolg und Überlegenheit gefeiert werden soll.

Ein Beispiel hierfür sind Vorfälle bei der Versicherung „Hamburg-Mannheimer“, bei der erfolgreiche Vertreter mit Einladungen zu „Sexparties“ belohnt wurden. Die Zeitung „Die Welt“ schrieb, nachdem die Vorgänge bekannt geworden waren: ‚Die Damen trugen rote und gelbe Bändchen‘, berichtete ein Gast in seiner eidesstattlichen Versicherung. ‚Die einen waren als Hostessen anwesend, die anderen würden sämtliche Wünsche erfüllen. Es gab auch Damen mit weißen Bändchen. Die waren aber reserviert für die Vorstände und die allerbesten Vertriebler.‘<sup>8</sup>

Viele Prostituierte berichten, dass es ein wichtiger Teil ihrer Arbeit sei, ihre Kunden als „Mann“ oder „tollen Kerl“ zu bestätigen. Sie verkaufen damit selbst dann, wenn sie gewalttätige oder erniedrigende Handlungen ihrer Kunden nicht zulassen (müssen), ein reaktionäres männliches Wunschbild von weiblicher Sexualität und weiblichem Verhalten und verfestigen damit Rollenbilder, die den Ideen von Gleichberechtigung entgegen stehen. Für die gesellschaftliche Wirkung spielt es dabei keine Rolle, ob es der Sexarbeiterin gelingt, sich innerlich von ihrer Darstellung zu distanzieren oder nicht. Es wäre beispielsweise arrogant, anzunehmen, dass sich die zahlreichen Menschen aus Afrika und Asien, die zwischen dem 18ten und der Mitte des 20sten Jahrhunderts auf sogenannten „Völkerschauen“ ausgestellt wurden, um dem europäischen Publikum die „rassische Unterlegenheit“ der Bevölkerung der Kolonien vorzuführen, tatsächlich mit der Botschaft des erniedrigenden Schauspiels identifizierten.

Der rassistischen Wirkung auf das Weltbild des Publikums dürfte das keinen Abbruch getan haben.

8 Die Welt, 18. Mai 2011, „Versicherung lädt Vertreter zu Sex-Party in Ungarn“

Eine Neuauflage dieser Veranstaltungen wäre auch dann nicht gerechtfertigt, wenn sich Freiwillige fänden, die gegen gute Bezahlung bereit wären, als „Wilde“ oder „Untermenschen“ zu posieren.

Es gibt keinen Grund, im Falle von Prostitution andere Maßstäbe anzulegen, und die Darstellung von Rollenbildern zu fördern, die mit gutem Grund abzulehnen sind, nur weil in diesem Wirtschaftszweig Erwerbsmöglichkeiten bestehen, auf die Menschen angewiesen sind.

Die Diskussion über die Frage, ob ein allgemeines Recht existiert, sich zu prostituieren, ist in der jetzigen gesellschaftlichen Situation lächerlich. Selbstverständlich gibt es zahllose Menschen, für die die Prostitution das kleinere Übel gegenüber bitterer Armut, anderen schädlichen Ausbeutungsverhältnissen oder persönlichen Abhängigkeiten ist und die daher „freiwillig“ sexuelle Dienste anbieten.

### *Sozialistische Alternative*

Solange wir in einer Gesellschaft leben, die diesen Menschen keine akzeptable Alternative bieten kann, gibt es für linke und gewerkschaftliche Organisationen keine andere Möglichkeit, als zu akzeptieren, dass Menschen sich prostituieren. Sie sollten versuchen, sie bei der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse oder bei einer „beruflichen Neuorientierung“ zu unterstützen und gleichzeitig mit Aufklärungsarbeit für ein gesellschaftliches Klima zu sorgen, indem Prostitution nicht nachgefragt wird.

In einer sozialistischen Gesellschaft, in der es keinen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zwang zur Ausübung der Prostitution gibt, gäbe es hingegen keinen Grund, sie zu dulden. Es darf jedoch bezweifelt werden, dass dieser „Berufswunsch“ in einer solchen Gesellschaft häufig auftreten würde.

Georg Kümmel<sup>9</sup>

## Die Linke und die Prostitution

### *Ein Diskussionsbeitrag*

Zwölf Jahre nach der Legalisierung der Prostitution gibt es eine neue Debatte über den Umgang mit Prostitution. Die neue Regierung plant Änderungen am Gesetz, die EMMA hat eine ‘Appell gegen Prostitution’ gestartet. Und es gibt auch einen von ‘Appell FÜR Prostitution’<sup>10</sup> vom „Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen“.

Anlass für diesen Diskussionsbeitrag ist, dass einige Bundestagsabgeordnete und weitere FunktionsträgerInnen der LINKEN, den „Appell FÜR Prostitution“ unterschrieben haben.

Ein Papier von der ‘LINKE Sozialistische AG Frauen (LISA)-NRW’, das die „gesellschaftliche Ächtung des Systems Prostitution“ fordert, liefert viele gute Argumente zu dem Thema.<sup>11</sup>

In der Debatte kommt aber nach wie vor ein entscheidender Punkt zu kurz. Das Hauptargument derjenigen, die den „Appell FÜR Prostitution“ initiiert haben, bzw. ihn unterstützen lautet: ‘Prostitution ist eine Dienstleistung oder Arbeit wie andere auch.

Zwangsprostitution wird in dem Appell als Vergewaltigung verurteilt. Prostitution als „sexuelle Dienstleistung“ beruhe hingegen auf Freiwilligkeit. Nicht nur deutsche Frauen, sondern auch Migrantinnen seien überwiegend freiwillig und selbstbestimmt in der Sexarbeit tätig. Deshalb dürften sie nicht als Opfer betrachtet werden. Prostitution müsse im Gegenteil endlich gesellschaftlich als normaler Beruf anerkannt werden, so die zentrale Forderung des Appells.

Diese Argumentation blendet aus, welche gesellschaftlichen Auswirkungen es hat, wenn Prostitution als „normal“ betrachtet wird. Die Anerkennung von Prostitution als „normale Arbeit“ hat Folgen für alle Frauen und für das Verhältnis zwischen Männern und Frauen allgemein. Und das hat Kon-

9 Der Artikel erschien am 22. Dezember 2013 auf [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

10 [http://sexwork-deutschland.de/?page\\_id=85](http://sexwork-deutschland.de/?page_id=85)

11 [http://www.dielinke-nrw.de/partei/arbeitskreise/frauen\\_lisa/prostitutionsdebatte/](http://www.dielinke-nrw.de/partei/arbeitskreise/frauen_lisa/prostitutionsdebatte/)

sequenzen für die Bedingungen unter denen der Kampf für bessere Lebensverhältnisse geführt wird.

Dass es Prostituierte gibt, die sich aus ihrer persönlichen Sicht freiwillig prostituieren, braucht nicht bestritten werden. Das ist aber kein Grund, Prostitution als normale Dienstleistung oder Arbeit zu betrachten und gesetzlich als solche anzuerkennen.

Die Frage, welche Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Prostitution zurückgenommen oder neu formuliert werden sollten, ist nicht einfach zu beantworten. Weder die Rückkehr zur alten Gesetzeslage vor Einführung Prostitutionsgesetz im Jahr 2002, noch der status quo, noch ein Nachtraben hinter irgendwelchen Maßnahmen der Regierung sind hier die beste Lösung.

Nimmt man die Berichte zusammen, wie sich Situation der Prostituierten seit der Legalisierung der Prostitution in Deutschland verändert hat, dann kommt man ganz klar zu dem Schluss, dass sich die Prostitution stark ausgeweitet hat. Für einige Prostituierte mag sich die persönliche Situation verbessert haben, die Mehrzahl hatte entweder nichts davon oder ihre Situation hat sich verschlechtert. Und „verschlechtert“ ist eine sehr zurückhaltende Formulierung. Es gibt auch genügend Berichte, die belegen, dass im Zuge ihrer Legalisierung die Prostitution nicht nur stark ausgeweitet, sondern auch in ihrer Form vielfach noch schlimmer geworden ist. Beides ist natürlich untrennbar verbunden mit der Zunahme von Armut und Perspektivlosigkeit insbesondere in vielen Ländern Ost- und mittlerweile auch Südeuropas.

Das Gesetz hat jedenfalls definitiv nicht die positive Wirkung für die Lage der Prostituierten gehabt, die damit angeblich beabsichtigt war. Das geben mittlerweile auch dessen Initiatoren mehr oder weniger unumwunden zu.

### *Gesellschaftliche Wirkung*

Das an sich ist schon schlecht genug. Das Hauptproblem ist aber die gesellschaftliche Wirkung, die die Gesetzgebung und insbesondere die damit verbundene Argumentation gehabt haben.

Das zentrale Problem ist, dass sich dadurch die gesellschaftspolitische Situation für alle Frauen generell verschlechtert hat. Das Bild der Frau als Ware, deren Körper man kaufen und darüber verfügen kann, ist durch die Gesetzgebung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen im Alltag, massiv verstärkt worden.

Das Bild, wie Frauen von Männern gesehen werden, ist wieder in die uralte Richtung „Die Frau sei dem Manne untertan“ gerückt worden, diese Haltung wird nur nicht mehr religiös begründet sondern, als normales Geldgeschäft, gesetzlich verankert. Wenn es normal ist, dass Frauen sich prostituieren, dann ist es auch „normal“ zu einer Prostituierten zu gehen, sich die sexuelle Verfügung über eine Frau zu kaufen. Formal ist „grob anstößige“ oder „belästigende“ Werbung für Prostitution weiter verboten. Aber es zählt zu den Auswirkungen der Legalisierung von Prostitution, dass auf Großflächenplakaten ziemlich unverhohlen für Flatrate-Bordelle geworben werden kann. Wenn schon Grundschulkinder mit dieser Werbung groß werden, dann beeinflusst das doch wohl das Bild, das Männer von Frauen und Frauen von sich selber haben – und bestimmt nicht in einer Weise, die Linke sich wünschen sollten. Die „Normalisierung“ von Prostitution wirkt sich negativ aus, und zwar sowohl auf das direkte Verhältnis zwischen Männern und Frauen als auch auf die Bedingungen, unter denen Männer und Frauen für bessere Lebensverhältnisse kämpfen.

Prostitution und der Umgang mit ihr, ist, wie alles in einer Klassengesellschaft, eine Klassenfrage. Wir, die wir als Linke mit allen abhängig Beschäftigten, mit den Erwerbslosen und den Armen für bessere Lebensbedingungen kämpfen wollen, müssen uns doch fragen, welche Auswirkungen es auf die Bedingungen dieses Kampfes hat, wenn Männer und am Ende sogar die Frauen, denken, dass man sich die sexuelle Verfügung über eine Frau kaufen könne, wie einen Haarschnitt oder einen Imbiss.

### *Wirtschaftsliberale Ansichten*

Wenn von Organisationen der Prostituierten der Eindruck erweckt wird, der Großteil der Prostituierten arbeite freiwillig, dann ist das, beabsichtigt oder nicht, eine wirtschaftsliberale, bürgerliche Sichtweise. Die bürgerliche Idee dahinter ist simpel: Wenn man selbst der traurigen Realität, dass junge Frauen ihre Heimatländer verlassen, um hier mit Prostitution ihr Geld zu verdienen, den ideologischen Anschein der „Freiwilligkeit“ verpassen kann, wenn sich selbst darüber niemand mehr empört, dann gibt es wenig Grund sich über die Löhne und Arbeitsverhältnisse derer zu empören, die in Deutschland für ein paar Euro in Großschlachtereien schufteten und in Baracken wohnen. Und dieser Gedanke gilt in allgemeiner Form: Wenn angeblich selbst die Frauen, die die Benutzung ihres Körpers verkaufen, dass vollkommen „freiwillig“ tun, dann gehen wir ja alle freiwillig arbeiten und



leben in einer freien Gesellschaft. Tun wir aber nicht, Freiheit gibt es nur für die besitzende Klasse. Der Kapitalist kann seine Beschäftigten raus-schmeißen, aber nicht umgekehrt.

Als sozialistische Linke wollen wir außerdem nicht nur ein bisschen mehr Lohn, nicht nur ein bisschen mehr an Sozialleistungen (die im Kapitalismus nie gesichert sind). Wir wollen eine ganz andere Gesellschaft, eine Gesellschaft in der es keine Ausbeutung, keine Unterdrückung des Menschen durch den Menschen gibt. Wenn aber gesellschaftliche Verhältnisse zunehmend als normal angesehen werden, in denen man gegen Geld sogar den Körper einer Frau kaufen kann, dann werden auch die existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse noch viel weniger in Frage gestellt. Verhältnisse in denen es ja auch normal ist, dass der Kapitalbesitzer über die Arbeitskraft der ArbeiterIn verfügen kann, für die Dauer, für die er ihre Arbeitskraft gekauft hat, den Beschäftigten sagen kann, was sie zu tun haben und sie in die Arbeitslosigkeit schicken kann, wenn es ihm beliebt.

### **Unveränderlich?**

Als sozialistische Linke haben wir kein Interesse daran, und die ArbeiterInnenklasse insgesamt hat objektiv kein Interesse daran, dass Verhältnisse als normal angesehen werden, in denen Menschen über andere Menschen bestimmen.

Als sozialistische Linke können wir uns nämlich durchaus Verhältnisse vorstellen, in denen alle Menschen frei und gleichberechtigt sind. (Und damit meinen wir natürlich nicht die angeblich „sozialistischen“ Länder des ehemaligen Ostblock, sondern eine demokratische Gesellschaft, die erst noch erkämpft werden muss, um das an dieser Stelle sicherheitshalber klarzustellen.)

Deshalb sollten Linke auch die Phrase vom angeblich „ältesten Gewerbe der Welt“ ablehnen. Diese Formulierung ist nicht nur beschönigend, sondern vermittelt auch den Eindruck, Prostitution habe es schon immer gegeben und werde es folglich immer geben, sie sei also „normal“. Es gab aber historische Gesellschaften, ursprüngliche klassenlose Gesellschaften, die ohne Prostitution ausgekommen sind. Das war vor der Entwicklung von Privateigentum, Erbrecht und Ehe. Wir dürfen annehmen, dass in einer Gesellschaft, in denen Frauen und Männer wirklich gleichberechtigt sind, in der es keine materielle Not gibt, in der es keine ungleichen Besitzverhältnisse gibt, in der kein Mensch Macht über andere Menschen ausüben kann,

dass es in solch einer Gesellschaft undenkbar ist, dass ein Mann sich die Verfügung über den Körper einer Frau kaufen kann.

### **Würde?**

Einige Prostituiertenverbände und ihre „liberalen“ Unterstützer argumentieren, wer gegen die Legalisierung von Prostitution sei, wer Prostituierte als Opfer darstelle, verletze deren Würde und verweigere ihnen den Respekt.

Niemand hat das Recht auf Prostituierte von oben herab zu blicken. Aber menschenunwürdige, unterdrückerische Verhältnisse werden nicht dadurch besser, indem man sich weigert, sie als solche zu benennen. Sie werden durch Beschönigen nicht besser, sondern nur verewigt. Prostitution ist keine normale Arbeit. Aber es gibt eine Parallele zwischen der Unterdrückung als Prostituierte und als ArbeiterIn. Es gibt schlechte und weniger schlechte Arbeitsverhältnisse, aber wer abhängig-beschäftigt ist, ist nicht frei. Die Arbeiterklasse ist eine unterdrückte Klasse. Würde und Respekt gibt es nicht von oben per Gesetz, sondern dadurch, dass die Unterdrückten aufstehen und sich wehren – das gilt ganz allgemein.

Verbieten?

Gegen die Legalisierung und damit Normalisierung der Prostitution zu sein, bedeutet noch lange nicht für ein Verbot, bzw. für schärfere Gesetze zu sein. Weder Legalisierung noch Kriminalisierung sollte das allgemeine Prinzip sein, das Linke in dieser Frage einnehmen sollten.

Um konkrete Positionen zu konkreten gesetzlichen Regelungen zu entwickeln, sollte die Linke eine breit angelegte Diskussion führen, unter Einbeziehung von Prostituierten und mit deren Problemen vertrauten Initiativen – aber nicht nur mit diesen. Keine Frau wird etwas dagegen haben, die konkrete Situation von Prostituierten zu verbessern, aber wenn es um die gesetzliche Anerkennung der Prostitution als Beruf geht oder beispielsweise um die Frage, ob für Prostitution geworben werden darf, dann betrifft das alle Frauen und dann müssen sie auch in die Diskussion einbezogen werden.

### **Was tun?!**

Eine Lösung kann nicht von oben, vom bürgerlichen Staat erwartet werden. Sie kann nur aus der politischen Arbeiterbewegung entstehen. Sie muss auf zwei Wegen kämpfen: ökonomisch und ideologisch. Der größte

materielle Förderer der Prostitution ist die Armut. Ihre materielle Ursache und ideologische Stütze findet die Unterdrückung der Frau – die Prostitution ist eine Form dieser Unterdrückung – in den kapitalistischen Verhältnissen.

Nach Jahrtausenden Klassenkampf im allgemeinen und ungefähr zweihundert Jahren kapitalistischem Klassenkampf im besonderen, sollte sich doch zumindest in der Linken langsam die Erkenntnis durchsetzen, dass es im Kampf gegen die Unterdrückung am Dümlichsten ist, wenn sich die Unterdrückten auch noch untereinander unterdrücken statt sich als gleichberechtigt zu betrachten und zu behandeln.

Es wäre schon ein großer Schritt getan, wenn das Thema in den Gewerkschaften und der Linken auf die Tagesordnung gesetzt würde.

Man stelle sich vor, Frauen würden in den Publikationen von LINKE und Gewerkschaften mal ihre Sicht der Dinge darstellen können. Man stelle sich vor, eine Gewerkschaft würde in ihrer Mitgliederzeitschrift eine Debatte beginnen, warum Männer nicht als Freier agieren sollen, eine Diskussion darüber beginnen, dass die Einstellung, den Körper einer Frau gegen Geld benutzen zu dürfen, total rückständig ist, weil solcherlei Ansicht ebenso hinderlich für den gemeinsamen Kampf ist, wie sexistische oder rassistische Ideen.

Verbote und Kriminalisierung der Freier, die dann der bürgerliche Staat mit seinen eigenen Methoden und Zielen verfolgen würde, helfen nicht weiter. Die Arbeiterbewegung muss politische Aufklärung in der Gesellschaft betreiben und damit in ihren eigenen Reihen anfangen. Und dann wird es hoffentlich einen einhelligen Sturm der Entrüstung geben, wenn einige LINKE-PolitikerInnen nochmal auf die Idee kommen sollten, einen „Appell FÜR Prostitution“ zu unterzeichnen.

## Sexuelle Freiheit

Oftmals werden diejenigen, die sich weigern, Prostitution als normale Sache anzusehen, als prüde und rückwärtsgewandt dargestellt. Prüderie ist sicher das Hauptmotiv konservativer Kräfte in dieser Debatte. Deren Doppelmoral lehnen wir ab. Wie Menschen ihre sexuellen Beziehungen auf gleichberechtigter Grundlage gestalten, ist ihre Sache. Die Linke sollte den Vorwurf der Prüderie aus einer vermeintlich „links-liberalen“ Ecke nicht nur zurückweisen, sie sollte offensiv die Lustfeindlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft kritisieren. Das fängt nämlich ganz konkret bei den

Arbeitsverhältnissen an. Sexuelle Freiheit ist gewiss mehr als freie Zeit. Aber wenn der Partner/ die Partnerin früh, spät, nachts, am Wochenende arbeiten muss, also genau dann wenn der andere gerade Zeit hätte, gibt es ein praktisches Problem. Und wer arbeiten muss bis zum Umfallen, der hat oft auch keine Lust mehr. Diese ganz einfachen Wahrheiten sollte man insbesondere auch den Mächtigen-Kämpfern für die sexuelle Freiheit in SPD und Grünen bei jeder Gelegenheit öffentlich unter die Nase reiben. Im übrigen gilt: Sexuelle Freiheit kann man nicht kaufen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse unter denen sie sich entfalten kann, muss man erkämpfen.

## Forderungen

- Armut bekämpfen
- Weg mit Agenda 2010 und Hartz I bis IV
- Soziale Mindestsicherung und Mindestrente von 750 Euro plus Warmmiete – ohne Bedürftigkeitsprüfung und Schikanen
- Mindestlohn von zwölf Euro pro Stunde
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – in Ost und West, für Frauen und Männer
- Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung von sinnvollen Arbeitsplätzen für alle: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Öffentliche Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit und Umwelt, finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne
- Für eine zehnpromtente Millionärsteuer und eine drastische Besteuerung von Unternehmensgewinnen
- Hilfsangebote für Prostituierte und alle Frauen in sozialer Not
- Für ein ausreichendes Angebot an gut ausgebauten, öffentlich finanzierten, selbstverwalteten Frauenhäusern
- Kampf gegen diskriminierende Frauenbilder in Werbung und Medien
- Breite Diskussion in Gewerkschaften und der LINKEN über die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Wirkungen von Sexismus, Pornografie und Prostitution
- Gegen Diskriminierung und Kriminalisierung von Prostituierten
- Unterstützung der Prostituierten bei der Durchsetzung von Forderungen die ihre Situation verbessern
- Für gemeinsamen Kampf von Frauen und Männern gegen jede Form geschlechtsspezifischer Benachteiligung
- Für eine kostenlose und ganztägige Kinderbetreuung vom ersten bis 13. Lebensjahr

- Weg mit den Abtreibungsparagraphen 218 und 219
- Wiederherstellung des Asylrechts und Bleiberecht für Alle
- Gleiche Rechte für Alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben – gegen jede Form von Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung
- Statt Konkurrenz und Produktion für den Profit – demokratische Kooperation und nachhaltige Planung entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa der arbeitenden Bevölkerung. Für sozialistische Demokratie weltweit

## Impressum

Herausgegeben von der Sozialistische Alternative – SAV im Mai 2014

Vi.S.d.P., Satz und Umschlaggestaltung: Holger Dröge

Eigendruck im Selbstverlag

Sozialistische Alternative – SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin  
 Telefon: (030) 24 72 38 02, Email: [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de)  
[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)